

## Bericht für das AMTSBLATT KW 06 vom 09. Februar 2018 Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderats

### **Gemeinderatssitzung vom 30.01.2018**

Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der Sitzung standen die Verabschiedung des Haushalts 2018 sowie Vergaben für das RÜB III in der Scheuelbergstraße und für die Küchenausstattung in der Stadthalle. Außerdem ging es um das Contractingangebot für die Wärmeerzeugung im Quartierzentrum, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Morgen II“, die Neuausrichtung der IT Infrastruktur im Rathaus sowie den Spendenbericht für das zweite Halbjahr 2017. Die sich anschließende nicht öffentliche Sitzung umfasste drei weitere Tagesordnungspunkte.

### **Bürgerfragestunde**

Herr Schlumpberger erkundigte sich nach den Einnahmen und Ausgaben der **Parkplatzüberwachung in 2017**. Bürgermeister Frederick Brütting informierte, dass diese Zahlen noch aufbereitet werden müssen und sagte zu, darüber in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

### **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 - Satzungsbeschluss**

**Verbandskämmerer Thomas Kiwus** stellte dem Gremium noch einmal die wichtigsten Eckpunkte und Kennzahlen des Haushaltsplans 2018 vor. Die Ergebnisse und konkreten Anträge der ausführlichen Vorberatungen im Dezember vergangenen Jahres (*siehe auch Bericht im Amtsblatt der KW 51*) wurden eingearbeitet und die prognostizierten Steuereinnahmen (Steuerschätzung November - rund eine halbe Million Euro mehr) berücksichtigt. Die großen Ziele für 2018 - keine Kredite, keine Rücklagenentnahme - können trotz Rekordinvestitionen in Höhe von rund 9 Millionen Euro erreicht werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird Ende 2018 unter 900 € (895 €, Vorjahr 992 €) liegen, was eine „gewaltige Leistung“ darstelle. Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von 38.122.000 € (Vorjahr 34.525.500 €). Davon entfällt auf den Verwaltungshaushalt ein Volumen von 29.017.000 € (Vorjahr 28.059.000 €) und auf den Vermögenshaushalt 9.105.000 € (Vorjahr 6.466.500 €). Der Verwaltungshaushalt weist eine Zuführungsrate mit 1.358.000 € (Vorjahr 1.759.000 €) auf. Der Haushaltsplan 2018 enthält Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2019 mit einem Betrag von 4.374.000 €. Diese entfallen auf Projekte (u.a. Brandschutz Rosenstein-Gymnasium, Mehrzweckhalle Lautern und Resterschließung Baugebiet „Strut“), für die im Herbst 2018 Ausschreibungen vorgesehen sind, die eigentlichen Ausgaben aber erst 2019 anfallen werden. Eine Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist nicht vorgesehen (Vorjahr 207.000 €). Die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer für 2018 bleiben unverändert. Herr Kiwus wies darauf hin, dass der Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung 2019 - 2021 für 2019 einen erheblichen Kreditbedarf aufzeigt, wofür die Rücklagen genutzt werden können und man somit 2019 und 2020 trotz eines Anstiegs der Pro-Kopf-Verschuldung noch „gut unterwegs“ sei. Für das Jahr 2021 wird die Pro-Kopf-Verschuldung so hoch erwartet, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig wäre.

Im Namen aller Fraktionen nahm **StR Erich Blum** zum vorgestellten Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung Stellung und sprach der Verwaltung Dank und Lob für die Erstellung des Werkes aus. Er erwähnte im Besonderen die Rekordhöhe des Vermögenshaushalts für große Projekte, die zum Teil schon lange anstehen, und ging auf die geplanten Investitionen für die Stadthalle, die Mehrzweckhalle Lautern, Schillerschulturnhalle, Triumph Werk II, neue Baugebiete, das RÜB III, die Neugestaltung der Gmünder Straße, den Breitbandausbau in „Kohleisen-Au“ und die Digitalisierung der Schulen sowie die Herstellung der Barrierefreiheit am Rathaus ein. Projekte, die eine positive und nachhaltige Veränderung der Stadt bewirken werden. Die Finanzierung für 2018 sei vor allem aufgrund guter Gewerbesteuereinnahmen (ca. 3,1 Millionen Euro) gesichert. Der Verkauf des Haus Kielwein stelle nicht nur eine entsprechende Einnahme dar, sondern auch eine Sicherung der Versorgung im Pflegebereich. StR Blum hob auf die erfreuliche Entwicklung der Einnahmeseite des Verwaltungshaushalts ab (u.a. Erhöhungen bei der Schlüsselzuweisung FAG sowie der Sockelgarantie für finanzschwache Gemeinden). Die geplanten Ausgaben in Höhe von 1,65 Millionen Euro seien dem Abbau des Sanierungsstaus geschuldet - hier gibt es auch weiterhin noch viel zu tun. Im sozialen Bereich wies er auf ein Budget von 300.000 € und einen Abmangel von 1,96 Millionen Euro bei der Kinder- und Jugendbetreuung hin, betonte jedoch, dass diese Ausgaben im Sinne der Zukunftssicherung notwendig sind. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei für 2018 sehr positiv, jedoch leider nicht auf Dauer auf diesem niedrigen Niveau - in 2021 sogar „im verbotenen Bereich“. Besonders die Nettoinvestitionsrate (in 2018 400.000 € weniger als

2017) mahne zur Vorsicht Seine Ausführungen abschließend erklärte StR Blum, dass man insgesamt gesehen für 2018 von einem guten Haushalt sprechen könne.

Der Gemeinderat beschloss nach einem fünfmonatigen Planungsprozess **einstimmig** die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2018 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2019 - 2021.

### **Regenüberlaufbecken III - Vergabe Tiefbauarbeiten und technische Ausrüstung**

Bürgermeister Frederick Brütting betonte einleitend, dass es zum Bau des RÜB III keine Alternative gibt - es sei schon lange vorgesehen und das Landratsamt Ostalbkreis warte auf die Umsetzung.

**Manfred Ammon vom Stadtbauamt** erinnerte daran, dass im Februar 2017 die erste Ausschreibung für dieses Becken aufgrund erheblicher Kostenüberschreitung im Vergleich zur ursprünglichen Berechnung von 300.000 € (es gab nur einen Bieter) vom Gemeinderat auf Empfehlung der Verwaltung aufgehoben wurde. Nach Absprache mit dem LRA wurde das Becken umgeplant, um in einer weiteren Ausschreibung bessere Ergebnisse zu erzielen. Dabei wurde die Geometrie geändert und der Durchmesser des Stauraumkanals reduziert, wodurch das Becken an sich länger wird. Technisch betrachtet ergeben sich keine Veränderungen zur ersten Planung. Im Zuge der öffentlichen Ausschreibung wurden jeweils vier Angebote abgegeben. Das günstigste Gebot liegt rund 74.000 € unter dem Angebot der ersten Ausschreibung, bewegt sich jedoch immer noch in anderen Dimensionen als bei der Schätzung angenommen.

**Dipl.-Ing. (FH) Wolfgang Bartsch** erklärte dem Gremium detailliert den Ablauf der Baustelle (insgesamt 45 Meter) und betonte, dass in drei kleineren Bauabschnitten (am Ende immer komplette Verfüllung) vorgegangen werde, um die Beeinträchtigung für die Anwohner so gering wie möglich zu halten; Verkehr sei immer möglich und die Parkplätze benutzbar. Der Beginn von Bauabschnitt 1 (Regenüberlauf hochziehen, Zulaufbauwerk/Schacht auf bestehendem Kanal, Anschluss Klotzbachverdolung, Stilllegung bestehender Regenüberlauf) soll Mitte März sein. Ab Mai bis Mitte Juni folgt dann Bauabschnitt 2 (Abbruch bestehender Regenüberlauf, Technik/Steuerung/Drosselbauwerk) und bis Ende Juli soll Bauabschnitt 3 (reine Kanalarbeiten) beendet sein. Herr Bartsch betonte, dass die implementierte Fernwirktechnik einen hohen Stellenwert hat, die gleichen Hightech Elemente wie in RÜB IV enthalten sind und alles mit dem Abwasserzweckverband abgestimmt wurde. So sind jederzeit Auswertungen abrufbar und ein ferngesteuerter Zugriff auf das Becken möglich.

Das **Gremium** (Wortmeldungen von StR Roland Hegele, StR Karl Grötzing, StR Heinz Pfisterer, StR Thomas Abele) war sich einig, dass es sich um ein komplexes Vorhaben handelt, das jetzt gebaut werden muss und keinen weiteren Aufschub zulässt. Dennoch sei es vor allem wegen der Kosten sinnvoll gewesen, die erste Ausschreibung aufzuheben. Auf Nachfrage hinsichtlich Einsparmöglichkeiten bei einem doch relativ kleinen Becken (75 m<sup>3</sup> vs. 1.000 m<sup>3</sup> bei RÜB IV) und weiterer Nebenkosten bekräftigte Herr Bartsch, dass es sich um hohe Kosten handelt. Er betonte, dass dies eine wenig attraktive Baumaßnahme für die ohnehin ausgelasteten Baufirmen darstelle und sich das Szenario nach seiner Einschätzung auch in den nächsten Jahren nicht ändern werde. Die Kosten für das RÜB IV stellten eher „einen Sonderfall nach unten“, sozusagen ein „Schnäppchen“ dar. Mit weiteren Kosten (außer Ingenieurhonorar wie vor drei Jahren angeboten und gedeckelt) sei nicht zu rechnen. StR Hegele äußerte starke Bedenken hinsichtlich der Ausmaße der Baustelle, die seines Erachtens nicht „klein und zierlich“ werde und der Bereich des Parkplatzes sicherlich benötigt werde. Er sprach sich dafür aus, die Bürger und Anlieger zeitnah darüber zu informieren und ein Einvernehmen herzustellen.

Der Gemeinderat folgte nach ausführlicher Diskussion **mehrheitlich bei einer Enthaltung** dem Vorschlag der Verwaltung, die Aufträge an den jeweils günstigsten Bieter zu vergeben:

Die Firma Hans Ebert GmbH aus Abtgmünd-Pommertsweiler erhält den Auftrag zur Herstellung des RÜB III in der Scheuelbergstraße mit einer Auftragssumme von brutto 537.504,13 €.

Die Firma Füllgrube & Teubner Elektrotechnik GmbH aus Kirchberg/Murr erhält den Auftrag zur Lieferung und Montage der technischen Ausrüstung des RÜB III mit einer Auftragssumme von brutto 131.476,42 €.

Die Auftragssumme für beide Gewerke beträgt 668.980,55 €.

### **Quartierzentrum - Vergabe Küchenausstattung**

Bürgermeister Brütting stellte das Thema zunächst in den Sachzusammenhang und nannte in der zeitlichen Abfolge den Workshop über das Nutzungskonzept mit der groben Raumaufteilung und Fixierung des Küchenstandorts sowie die Aufnahme von Anregungen aus dem Gremium (z.B. Zugang zum Foyer und Wegebeziehungen), die Diskussion der Küchenausstattung im Bauausschuss (*siehe Bericht im Amtsblatt der KW 27*) auf Grundlage des Workshops mit Vertretern der Vereine sowie die mittlerweile erfolgte Ausschreibung.

Der beauftragte Architekt **Wolfgang Stark** ging kurz auf die Entwicklung der Planung von der einfachen Teeküche zur Catering-Küche ein und hob auf die Themen Kühlschränke/-zellen anstelle von Lagerräumen, Brandschutz und Vollausstattung versus reduzierter Version mit Nutzung aus dem Bestand ab. Er wies darauf hin, dass vorhandene teure Edelstahlmöbel genutzt werden können (müssen nur aufgearbeitet werden), die vorgesehene Haubenspülmaschine jedoch aufgrund eines Problems doch

durch ein neues Gerät ersetzt werden müsse, was zu einer Erhöhung der geplanten Kosten führt und das Budget von 104.000 € damit erneut überschritten werde.

Herr Stark stellte dem Gremium noch einmal die einzelnen Komponenten/Arbeitsbereiche (Kochblockanlage, Speisenausgabe, Regenerieren, Getränkeausgabe, Geschirrrücklauf, Salatwaschplatz, Kaffeestation, Kühlzelle) anhand von Plänen und Kostenaufstellungen dar und ging auf Details der Ausstattung ein. Er betonte, dass die Küche in allen Bereichen über eine gute Infrastruktur verfügt und ein „Nachrüsten“ jederzeit möglich sei. Auch sei ein Nachkauf von Möbeln aus dem Lieferprogramm (Nachfrage von StR Dr. Merinsky betr. auch Normierung der Möbel) möglich; eine Nachkauf- und Wartungsgarantie müsse im Vertrag festgehalten werden.

Im **Gremium** entspann sich eine ausführlichere Diskussion bezüglich der Notwendigkeit der ausgeschriebenen Kühlzellen versus normaler Kühlschränke (v.a. StR Alfred Kolb, StR Wolfgang Bittermann, StR Martin Kelbaß). Herr Stark verwies hier auf das Ergebnis der Beratungen im Bauausschuss, bei denen die Vor- und Nachteile bereits abgewogen wurden und Stadtbaumeisterin Ulrike Holl ergänzte, dass von den Kosten ähnliche Ausgaben zu erwarten seien und für die Kühlzellen eventuell eine Förderung aus dem SIQ Programm möglich ist. Bürgermeister Brütting wies darauf hin, dass Kühlschränke aufgrund des relativ kleinen Volumens in der Praxis für die Unterbringung von Speisen und Getränken nicht optimal und Kühlzellen von der Logistik her einfacher zu handhaben seien. Dies wurde von StR Alexander Wahl aus seiner Erfahrung bestätigt.

StR Thomas Abele betonte den Grundsatz einer „ordentlichen Nutzung für unterschiedliche Zwecke“ und die Notwendigkeit einer entsprechenden Küchenausstattung, bei der auch die Abläufe passen müssen. Da dafür keine Zuschüsse gezahlt werden, sei die Verwendung des Bestands wichtig.

Die beachtlichen Kostensteigerungen wurden vor allem von StR Bernhard Deininger und StR Erich Blum thematisiert, die jedoch auch feststellten, dass sich der Invest lohne, wenn die Küche entsprechend genutzt werde.

Der Gemeinderat beschloss **einstimmig**, den Auftrag für die Küchenausstattung an die Firma Omega Sorg mit einer Auftragssumme von 113.690,34 € brutto zu vergeben.

### **Energieeffizienzanalyse Stadthalle - Wärmecontracting**

Bereits in der Bauausschusssitzung vom 26.07.2017 wurde dem Gremium die Situation und der desolate Zustand der Wärmeerzeugungsanlage in der Stadthalle dargelegt (*siehe hierzu Bericht im Amtsblatt der KW 31*). Aus finanziellen Gesichtspunkten stellt sich ein Contracting für die Stadt als sinnvollste Lösung dar. Dabei übernimmt die Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH (GEO) die Rolle des Dienstleisters und deckt den gesamten Bereich der Wärmeerzeugung und Verteilung (Planung, Finanzierung, Realisierung, Bau, Betrieb und Wartung der Anlage, Abrechnung und Energiecontrolling) ab. Die Stadt Heubach profitiert von einer internen Wortschöpfung auf Gesellschafterebene.

**Tobias Koller, Geschäftsführer der GEO** ging ausführlich auf das vorgelegte Angebot ein, das sich über eine Vertragslaufzeit von zwanzig Jahren erstreckt und auf drei Säulen basiert - dem Grundpreis (Baukosten der Anlage, rund 600.000 € netto), Leistungspreis (Betrieb, Wartung, Instandhaltung sowie dem Arbeitspreis (reiner Wärme- und Strompreis/Einsatzstoffe für die Energiegewinnung).

**Siegfried Schmid, Geschäftsführer der Firma iecos**, die mit der Erstellung der Energieeffizienzanalyse als Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Leistungsauslegung eines BHKW beauftragt war, erläuterte dem Gremium noch einmal die Problemstellungen und den Projektstand und stellte detailliert die Leistungen dar, die das im Juli beschlossene Maßnahmenpaket umfasst. Herr Schmid hob in seinen Ausführungen auf zwei Aspekte ab - die Sanierungskomponente, bei der ein geordnetes Vorgehen möglich ist, und die Refinanzierung, die durch die zu erzielende Energieeinsparung (aktuell rd. 120.000 € reine Energiekosten) realisiert wird und betonte, dass eine klare Abgrenzung der Schnittstellen (GEO vs. Stadt) erfolgen muss. Die Gesamtkosten sind erfreulicherweise niedriger als bei der Energieeffizienzanalyse angenommen (600.000 € vs. 690.000 €); man werde außerdem versuchen, Fördergelder zu bekommen.

Herr Koller betonte, dass die Einsparungen der Stadt direkt zugutekommen und alles im Contractingvertrag festgelegt werde.

Der Gemeinderat (Wortmeldungen von StR Karl Grötzinger, StR Roland Hegele, StR Günther Lux, StR Tillmann Weiler, StR Alfred Kolb und StR Erich Blum) sah im vorgestellten Contracting eine gute Lösung. Nachfragen hinsichtlich einer möglichen Erweiterbarkeit der Anlage (z.B. Rosensteinhalle, umliegende Gebäude, Areal Hauptstraße 15/17) wurden von Herrn Koller und Herrn Schmid positiv beantwortet. Durch die gegebenen Räumlichkeiten im Keller der Stadthalle (ehemaliger Raum der Lüftungsanlage) sei die Installation weiterer Module problemlos möglich; es sei hier lediglich die Entfernung ein Thema (Wärmeverlust).

Nach der ausführlichen Darstellung und Kenntnisnahme des Contracting-Angebots der GEO für die Wärmeerzeugung der Stadthalle mit Hallenbad und Gymnasium erteilte das Gremium **einstimmig** der Verwaltung den Auftrag, den Vertrag auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Abstimmung vorzulegen. Die Wärmeerzeugungsanlage soll 2018 während der Schließzeit des Hallenbads ausgetauscht werden.

## **Bebauungsplan „Morgen II“ - Abwägung und Satzungsbeschluss**

Dipl.-Ing (FH). Harald Wahl stellte dem Gremium ausführlich die im Rahmen der Offenlegung (Beteiligung der Behörden, Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit) eingegangenen Stellungnahmen, Hinweise sowie Anregungen und Bedenken, die in einer umfassenden Abwägungsvorlage zusammengestellt wurden, vor. Von Seiten der Nachbargemeinden und der Bürger wurde nichts vorgebracht. Auch von den Fachbehörden gab es keine wesentlichen Änderungswünsche; die meisten Anmerkungen betrafen redaktionelle Änderungen.

Nach erfolgter Abwägung beschloss der Gemeinderat **mehrheitlich mit zwei Nein-Stimmen** den Entwurf des Bebauungsplanes sowie der Örtlichen Bauvorschriften als Satzung.

## **Neuausrichtung der IT Infrastruktur**

Hauptamtsleiter Eckhard Häfner stellte dem Gremium die geplanten Änderungen der IT Infrastruktur im Rathaus vor. Eine Neukonzeption ist aufgrund der in die Jahre gekommenen Komponenten und der Thematik Sicherheit und Haftung (aktuell: Nutzung eines Servers von VG Rosenstein und Stadt Heubach) notwendig, die entsprechende Behandlung im Gemeinderat wegen der Höhe der Vergabesumme gegeben. Neben der Netzwerkentflechtung der beiden Behörden und der entsprechenden Realisierung in Form einer Cloud-Lösung über die KIRU (Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm) soll auch ein neues, effizienteres Datenmanagement- sowie Zeiterfassungssystem eingeführt werden. Die Gesamtkosten für die Neuausrichtung der IT-Infrastruktur werden bei rd. 75.000 € liegen. Der Softwarewechsel (auch notwendig, da sonst Hostingkosten bei KIRU entstehen) wird sich in fünf bis sechs Jahren amortisiert haben, das Handling für alle Beteiligten einfacher werden.

Das Gremium stimmte dem vorgestellten Vorgehen **einstimmig** zu.

## **Spendenbericht 2. Halbjahr 2017**

Die Summe der Spenden/Schenkungen zugunsten der Partnerstadt Anderamboukane, für verschiedene städtische Veranstaltungen und Zwecke sowie für die Nothilfekasse der Stadt Heubach betrug im zweiten Halbjahr 2017 15.894 €.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **einstimmig** zu.

## **Bekanntgaben, Sonstiges**

- Bürgermeister Frederick Brütting informierte darüber, dass die am 12.12.2017 beschlossenen Änderungen der **Abwasser- und Wasserversorgungssatzung** vom LRA Ostalbkreis auf die Rechtmäßigkeit geprüft und nicht beanstandet wurden.

- StRätin Ellen Renz sprach die **verstärkte Müllablage** - Matratzen an der Mögglinger Straße, Müll am Rosenstein - an und fragte nach gemeinsamen Aktionen an der Ruine (Bergwacht?) sowie möglichen Maßnahmen (Überwachungskameras?).

Der Vorsitzende bestätigte, dass die illegale Müllablagerung zunimmt, informierte über die Kreisputzete Anfang April und sagte zu, eine erneute organisierte Putzaktion mit dem Albverein anzuregen. Er betonte, dass Überwachungen nur in Abstimmung mit der Polizei und nicht im öffentlichen Bereich möglich sind.

- StR Martin Kelbaß sprach hinsichtlich der 15monatigen **Sperrung der Mögglinger Straße** von einer Zumutung und Willkür und fragte nach Einflussmöglichkeiten der Stadtverwaltung. Er wies darauf hin, dass dadurch auch in Lautern eine starke Verkehrszunahme zu verzeichnen sei, was von den StRäten Wolfgang Bittermann und Bernhard Deininger unterstrichen wurde.

Bürgermeister Brütting bekundete seine Zustimmung zur Auffassung der Gemeinderäte („extrem unbefriedigende Situation“) und betonte, dass die Anhörung zur Maßnahme sehr kurzfristig erfolgt sei, wobei die Stadt sofort Protest hinsichtlich der Dauer der Sperrung eingelegt sowie auf die Problematik für Lautern hingewiesen habe. Nach der verkehrsrechtlichen Anordnung und einem Umleitungshinweis in Mögglingen über Lautern habe die Stadt bei der Unteren Verkehrsbehörde/LRA in einem Schreiben um die Einrichtung einer 30 km/h Zone auf der Durchfahrtsstraße in Lautern während der Sperrung gebeten; eine Antwort hierauf stehe noch aus.

StR Wolfgang Bittermann hielt es in diesem Zusammenhang für sinnvoll, die 30 km/h auch für die Lauterner Straße in Heubach sowie eine entsprechende Überwachung einzurichten. Der Vorsitzende sprach von einem guten Input und sagte zu, die Anregung aufzunehmen.

- StR Erich Blum erkundigte sich nach den Möglichkeiten der Stadt und der Anlieger nachdem die **30 hm/h Zonen der Lärmaktionsplanung** nicht realisiert werden.

Der Vorsitzende informierte zum einen über die am heutigen Tag in der Hauptstraße mit dem Zusatz „Lärmschutz“ aufgestellten Tempo 40 Schilder (Streckenabschnitt von Gebäude Nr. 24 bis Nr. 92 in beide Fahrtrichtungen; für den Bereich bis zum Postplatz wurde aus Verkehrssicherheitsgründen ebenfalls

Tempo 40 beantragt - auch hier steht eine Entscheidung noch aus). Zum anderen wird bei der Umgestaltung der Gmünder Straße lärmreduzierender Asphalt aufgebracht werden (Kostenübernahme Land, Zusage liegt vor), wie geplant eine Geschwindigkeitsüberwachungsanlage installiert und stadtauswärts ein Radschutzstreifen realisiert werden. Er betonte außerdem, dass in der Mögglinger Straße erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden (Querungshilfe beim Jugendpark, Linksabbiegespur bei Triumph Werk II/neuer Standort Lebensmitteleinzelhandel, Gewerbegebiet Erlen), bei der Triumphini Kinderwelt während der Betriebszeiten bereits 30 km/h angeordnet wurden (Schilder werden noch aufgestellt) und ebenso eine Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an neuem Standort vorgesehen ist. Bürgermeister Brütting wies darauf hin, dass im Sommer eine Evaluierung der Lärmaktionsplanung ansteht und dass schon einiges darüber erreicht worden sei. Für Privatpersonen seien direkte Anträge ans Landratsamt eine Möglichkeit gewesen (erste Bescheide betr. Gmünder Straße nach 1 ½ jähriger Bearbeitungszeit gab es im Dezember), wobei es über die Lärmwerte keine Anspruchsgrundlage für die Anwohner gebe. Außerdem seien Fördergelder für passiven Schallschutz möglich.

StR Blum fragte außerdem nach, ob die **Nutzungsbeschreibung** für die Räumlichkeiten der **Moschee** - wie bei der Einwohnerversammlung vom zuständigen Architekten zugesagt - mittlerweile eingetroffen sind. Dies wurde von Bürgermeister Brütting verneint.

- StR Günther Lux fragte hinsichtlich der **Parkplatzproblematik** in der **Gmünder Straße/Ecke Klotzbachstraße** (Eisdiele/Kebab) nach dem Stand der Dinge. Hierzu stellte der Vorsitzende fest, dass die vorgestellte Planung weiterverfolgt werde. Die von StR Gerhard Kuhn angeregte Einbahnstraßenlösung sollte vor Ort begutachtet werden.

Hinsichtlich seiner Nachfrage bezüglich des **Diebstahls der Winterbeleuchtung** (Versicherungsschutz/Ersatz?) merkte Bürgermeister Brütting an, dass noch geklärt werden müsse, wie viele Kugeln entwendet wurden, hob auf die kriminelle Energie ab (im Boden fest verankert) und bejahte, dass fehlende Kugeln nachbestellt werden. Der Versicherungsschutz müsse noch geklärt werden.

StR Lux bat außerdem um einen erneuten **Aufruf an Hundehalter** im Amtsblatt, die Hinterlassenschaften ihrer Hunde zu entfernen. Bürgermeister Brütting sagte einen entsprechenden Hinweis zu.

- StRätin Julia Gaiser berichtete von abendlichen **Zwischenfällen** mit aggressiven Jugendlichen auf dem **Rewe-Parkplatz** und wollte wissen, was die Stadt hier machen könne. Der Vorsitzende wies hierzu auf einen Termin Anfang Februar mit dem **Arbeitskreis Prävention** hin, bei dem das Problem thematisiert werden könne.